



***Quo vadis - USA?
Nach den Zwischenwahlen vom November
2010 hat der 112. US-Kongress seine Arbeit
aufgenommen***

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 01.03.2011

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Die Zeit zwischen dem 2. November 2010 (Zwischenwahlen - Mid Term Elections in ganz USA), dem 5. Januar 2011 (Konstituierung des 112. Kongresses in Washington, D.C.) und dem 24. Januar 2011 (Präsident Obama hält bei Anwesenheit aller Mitglieder des Kongresses seine zweite „Rede zur Lage der Nation“ im großen Sitzungssaal des Capitol) wird in die US-Geschichte als eine kurze, aber außergewöhnlich wichtige und an zentralen Ereignissen reiche Entwicklungsetappe im politischen System der USA eingehen.

Zu ausgewählten Ereignissen von Anfang November 2010 bis Ende Januar 2011

Im Ergebnis der Zwischenwahlen am 2. November 2010 entstanden im Kongress neue Mehrheitsverhältnisse. Im Repräsentantenhaus saßen nach ihrem Wahlsieg 242 Republikaner als neue Mehrheitsfraktion den nunmehr 193 Demokraten als Minderheitsfraktion gegenüber. Die dritte Machtposition im Staat ging entsprechend der Verfassung in der Form als Speaker oder Vorsitzender der ersten Kammer des Kongresses an einen Abgeordneten der Republikanischen Partei über.

Im Senat konnte die Demokratische Partei des Präsidenten Barack Obama knapp ihre Mehrheitsposition behaupten: 53 Senatoren umfasst die Fraktion der Demokraten und 47 die der Republikaner.

Zum Arbeitsauftakt des 112. Kongresses wurde auf Wunsch der neuen Mehrheitsfraktion im großen Sitzungssaal die gesamte Verfassung der USA verlesen, und zwar symbolisch als Kampfansage an Präsident Obama. Er wird von den Republikanern beschuldigt den Staat weit über das ihm in der Verfassung zustehende Maß hinaus aufgebläht zu haben.

Den Staat kräftig zu stützen, wird von den Republikanern als ihr erklärtes Ziel angesehen: „Das amerikanische Volk will eine kleinere, in stärkerem Maße rechenschaftspflichtige Regierung, und ab Mittwoch wird das Repräsentantenhaus der Außenposten des Volkes in Washington sein“, kündigte der zum Speaker gewählte Michael Boehner an.

Für Präsident Obama und Vize Biden ist damit nach der Hälfte ihrer ersten Amtszeit eine qualitativ neue Situation entstanden: Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus wird ihnen den Führungsanspruch streitig machen. Die erste Konfrontation wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die Handlungen von Präsident Obama und seiner Regierung in der Übergangsperiode vom 2. November 2010 bis zum 5. Januar 2011

Der Präsident und seine Administration, waren sich nach dem Wahltag rasch dessen bewusst, dass nur ein Vorwärtsschreiten hilft, über die bittere Wahlniederlage hinweg zu kommen. Die Möglichkeiten für konstruktive und erfolgreiche parlamentarische Aufgabenstellungen waren herauszufinden. Der Senat, in dem die Demokraten noch eine Mehrheit haben, bot sich dazu an.

Folgende Entscheidungen wurden auf den Weg gebracht:

Erstens: Die ganze Welt erwartete die Ratifizierung des neuen Start-Abkommens zwischen den USA und Russland.

Hier eine kurze Erinnerung an die Geschichte dieses Abkommens: Start I - Strategic Arms Reduction Treaty – ist ein Abrüstungsvertragswerk über strategische Waffen. Es wird 1982 von US-Präsident Ronald Reagan ange-regt, 1991 von Georg Bush sen. und dem sowjetischen (Staatschef) Präsi-denten Michail Gorbatschow unterzeichnet. Es begrenzt die Atomwaffen auf 6.000 Nuklearsprengköpfe und 1.600 Trägersysteme. Start II wird 1993 von Georg Bush sen. und Russlands Präsident Boris Jelzin besiegelt. Das russische Parlament hat dem Vertrag aber nicht zugestimmt, vor allem als Reaktion auf die NATO-Osterweiterung. Daher ist Start II völkerrechtlich nie in Kraft getreten, auch wenn sich beide Seiten bemühten, zu weiteren Abrüstungsschritten zu kommen.

New Start – Neustart: Er wird im April 2010 von US-Präsident Obama und Russlands Präsidenten Dmitri Medwedjew unter zeichnet. Beide Seiten verpflichten sich, die Zahl der Atomsprengköpfe bis 2017 von je 2 200 auf 1 550 zu reduzieren. Die Zahl der Trägersysteme wird auf 700 begrenzt. 800 sind in Ausnahmefällen temporär erlaubt – etwa wenn ein mit Kern-waffen bestücktes U-Boot ausläuft, um ein anderes abzulösen. New Start ist damit der wichtigste Abrüstungsvertrag seit 20 Jahren.

Um diesen Abrüstungsvertrag durch den Senat zu bringen wurde eine gro-ße politische Kampagne entwickelt. Obama persönlich bearbeitete zwei-felnde Senatoren,

Sein Vize Biden und Außenministerin Clinton begaben sich in den Senat, um dort ihren Einfluss geltend zu machen. Parallel dazu wurde organisiert, dass von republikanischen Ex-Außenministern sowie führenden Militärs zur Ratifizierung des amerikanisch-russischen Vertrags aufgerufen wurde.

Die Bemühungen haben sich gelohnt: Es kam im Senat zu einem eindeuti-gen Votum: 71 zu 26 für den Vertrag. Insgesamt 13 republikanische Sena-

toren gehörten zu den Befürwortern. Vertragsgegner, wie der republikanische Fraktionschef im Senat, Mitch McConnell, argumentierten, der Startvertrag lege den USA bei ihrem Raketenabwehrprogramm Fesseln an und verhindere die Wiederaufnahme des einst von Präsident Reagan initiierten „Star-War-Programms“. Die Obama-Administration hatte aber schon im November 2009 auf Drängen des republikanischen Senators Jon Kyl schon zugesagt, in den kommenden Jahren zusätzlich 14 Milliarden Dollar für die Modernisierung der nuklearen Waffenforschung bereitzustellen.

Nach dieser Entscheidung zog Russland nach. In der zweiten Hälfte Januar 2011 ratifizierten die Duma sowie der russische Föderationsrat und der Präsident Russlands, Dmitri Medwedjew, unterzeichnete den neuen Start-Vertrag mit den USA über die atomare Abrüstung. Vereinbarung war: Das seit 20 Jahren wichtigste Abkommen zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen tritt in Kraft, wenn die Außenminister beider Länder bei ihrem nächsten Treffen die Ratifizierungsurkunden austauschen. Dies geschah am 5. Februar 2011 am Rande der Sicherheitskonferenz in München.

International fand die Ratifizierung hohe Anerkennung. Die Welt hofft auf weitere Abrüstungsschritte. Der UN-Generalsekretär Ban Kii Moon bezeichnete den neuen START -Vertrag als historischen Meilenstein der Abrüstung.

Zweitens: Seit 1993 galt in den US-Streitkräften die Regelung, dass geoutete Homosexuelle aus den Streitkräften der USA zu verbannen sind. Rund 14 000 schwule Soldaten waren in den vergangenen 17 Jahren wegen ihrer sexuellen Orientierung entlassen worden. Tausende weitere konnten nur bleiben, weil sie schwiegen oder Lügen konstruierten.

In den letzten Monaten gab es immer mehr Unterstützung für eine echte und baldige Veränderung der seit 1993 gültigen Regelungen. Aber einige republikanische Politiker sprachen sich bis zuletzt für die Argumentation des ehemaligen Präsidentenbewerbers John McCain aus, unbedingt bei der alten Regelung zu bleiben. Schließlich ergab sich im Senat ein Stimmenverhältnis von 65 zu 31 zugunsten der Veränderung. Acht Republikaner hatten sich auf die Seite der Demokraten geschlagen.

Dieses Votum war in der gegebenen Situation ein Erfolg für Obama. Eines seiner Versprechen im Wahlkampf konnte eingelöst werden. Damit wird er auch einige seiner liberalen Unterstützer zurück gewinnen, die er kürzlich durch seinen faulen Steuerkompromiss mit den Republikanern verloren hatte. Verteidigungsminister Gates kündigte an,

das Pentagon werde die Neuregelung „behutsam und systematisch umsetzen“.

Drittens: Ein erneuter Versuch, mit Hilfe bereits ausgearbeiteter Gesetzesänderungen eine Reform auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik und speziell der Bestimmungen für eingewanderte Bürger und deren in den USA geborene Kinder im Senat auf den Weg zu bringen, gelang nicht.

Die Ereignisse der sogenannten Übergangsperiode haben gezeigt, dass die republikanischen Mitglieder des Kongresses das parlamentarische Mittel der Gesetzesblockade in allen nur möglichen Formen und denkbaren Varianten anwenden wollen.

Der gewählte Speaker des Repräsentantenhauses, der Republikaner John Boehner, will unter Nutzung seiner langjährigen Mitgliedschaft im Kongress, seiner Erfahrungen und Kontakte dafür sorgen, dass der Präsident wenig glänzen könne. Er selbst verkörpere auf Grund seiner Herkunft aus kleinbürgerlichen Verhältnissen im US-Bundesstaat Ohio den Kämpfer „gegen die da Oben in Washington.“

Die Wirtschaftspolitik und speziell die Staatsausgaben bieten den Republikanern dazu große Chancen. Es ist als hätten sie ihre Liebe zur Haushaltsdisziplin wieder entdeckt und die hohen Staatsschulden u. a. als Zeichen eines aufgeblähten Apparates der Obama-Administration erkannt.

Zu den Änderungen im Wirtschaftskurs und in der Steuerpolitik. Personelle Veränderungen in der Obama-Administration.

Ohne jeden Zweifel hängt das politische Überleben von Präsident Obama von keinem Faktor so stark und bestimmend ab, wie von der Entwicklung und Strategie der US-Volkswirtschaft und von der Wirtschaftspolitik. Da dürften auch letztlich die Gründe für Veränderungen im Kurs der Obama-Administration, im persönlichen Führungsstil von Barack Obama, seiner Spitzenberater und für Personaländerungen in der Administration liegen

Zum Steuerkompromiss zugunsten der Reichen

Am 27. Dezember 2010 begründete Obama den zwischen ihm und führenden Repräsentanten der Partei der Republikaner ausgehandelten und noch zu verabschiedenden Kompromiss auf steuerpolitischem Gebiet. Nach seinen Ausführungen wäre der früher bevorzugte lange Kampf ein schlechter Handel für die Wirtschaft sowie ein schlechter Handel für das amerikanische Volk gewesen. Die jetzt erzielte Zustimmung zum Kompromiss ermögliche eine praktikable Lösung.

Bei dem Streit ging es darum, dass die Steuersenkungen (um die Verlängerung um zwei Jahre für Steuersenkungen,) die vor neun Jahren von Präsident George W. Bush durchgesetzt worden waren und die zum Jahresende 2010 ausgelaufen wären, um zwei Jahre zu verlängern. Der Kompromiss sieht vor, dass die Vergünstigungen vor allem den reichen US-Amerikanern erhalten bleiben. Die Demokraten hatten ursprünglich die Vergünstigungen nur für Haushaltseinkommen bis zu 250 000 Dollar (188 253 Euro) jährlich verlängern wollen. Bei der Begründung des jetzigen Kompromisses sagte Obama, dass er nicht zulassen wolle, dass ab Januar 2011 auch der Mittelstand mehr Steuern zahlen müsse.

Das Kompromisspaket enthält eine Fülle von Einzelentscheidungen, darunter auch längere Unterstützung für Arbeitslose und zahlreiche Entlastungen für den Mittelstand.

Durch die Fortschreibung der Steuernachlässe vor allem für Reiche sowie die Mittel für Arbeitslosenhilfen und ganz geringe Entlastungen für den Mittelstand wird der US-Haushalt in den kommenden zwei Jahren mit 850 Milliarden zusätzlichen Dollar belastet. Finanziert wird dieser enorme Betrag allein durch neue Schulden, und das zu einer Zeit, in der die beiden herrschenden großbürgerlichen Parteien über die Konsolidierung der massiv geplünderten Staatskassen nachdenken.

Es sei daran erinnert, dass die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Reiche eines von Obamas zentralen Versprechen im Wahlkampf 2008 war. Der linke Demokrat Norman Solomon sagte in der New York Times, dass der linke Flügel noch lange an diesem Bruch des Wahlversprechens zu kauen haben wird: „Obama könnte gerade sicher gestellt haben, dass er sich einer beachtlichen Opposition aus seiner eigenen Partei für die Nominierung zum Präsidentschaftswahlkampf 2012 gegenüber sieht.“

Moderate und rechte Demokraten applaudierten Obama dafür, dass er „als ein Erwachsener regiert“ habe und Verhandlungsmöglichkeiten suchte. Beobachter meinen, dass sich Obama mit diesem Kompromiss vor allem als Mann der Mitte profiliere.

(Als Quelle für diesen Abschnitt der Analyse dienen: Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt und „Krone“ aus Österreich.)

Der US-amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Prof. Paul Krugman, hat sich in der Berliner Zeitung vom 20. Dezember 2010, S. 4, in seiner Kolumne „Das böse Erwachen kommt erst noch“ kritisch mit dem Kompromiss zwischen dem Demokraten Obama und füh-

renden Republikanern auseinandergesetzt. Die Begründung für seine prinzipielle Ablehnung dieser Art von Kompromiss entspricht in Inhalt und Form exakt den Gedankengängen vieler linker Politiker und Ökonomen der USA und Europas: „Die beschlossenen Konjunkturlösungen können in unserer Lage zwar sehr hilfreich sein, aber die Vorteile müssen mit den Nachteilen verglichen werden. Die Steuerkürzungen kosten sehr viel und bringen relativ wenig. Die Wohlhabenden und die Mittelklasse werden deswegen nicht oder kaum mehr konsumieren; die Senkung der Unternehmenssteuern fördert keine Investitionen, weil wir ohnehin Überkapazitäten haben. Der positive Teil des Pakets, die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung aber hört am Jahresende 2011 wieder auf.“

Die Wirtschaft wird nur leicht besser laufen und die Wahrscheinlichkeit steigen, dass die niedrigen Steuern für die Reichen auf Dauer bleiben. Ist uns das 850 Milliarden Dollar wert? Nein.

Ich erwarte, dass wir uns 2012 wieder über die gleichen Probleme unterhalten. Die Arbeitslosigkeit wird hoch sein. Die Wirtschaft unbeständig, der gute Teil des Konjunkturpakets Vergangenheit.

Das Weiße Haus mag annehmen, es habe mit den Republikanern einen guten Kompromiss ausgehandelt. Ich dagegen glaube, das böse Erwachen kommt noch.“

Zum Führungswechsel in der Crew von Präsident Obama

Das Auswechseln der Inhaber von Schlüsselposten rund um den Präsidenten der USA nach zwei Jahren Amtszeit hat sich bereits zu einer Tradition entwickelt und immer wieder bewährt, aber jeder Präsident hat dabei seine von ihm bestimmten Prinzipien angewendet. Bei Obama sind es folgende drei:

1. Fast jeder Bewerber bringt Erfahrungen mit der Regierung von Präsident Bill Clinton mit. Der hatte die Kongresswahlen zur Hälfte der ersten Amtszeit verloren und musste mit einer konservativen Parlamentsmehrheit zurecht kommen. Deshalb schätzte er diese gesammelten Erfahrungen besonders hoch ein.

2. Die Bewerber stehen in ihren politischen Positionen nahe zur Mitte. Das stimmt mit ihren Hauptaufgaben überein. Sie sollen vor allem Brücken bauen zu den Republikanern und zu derjenigen Wirtschaftselite, die gegenwärtig noch scharfe Kritik am Präsidenten übt. Dieser politische Schwenk nach rechts enttäuscht bei den Demokraten die linke Basis. Auf diese Klientel nimmt Obama schon lange keine Rücksicht mehr.

3. Bevorzugt er Bewerber, die zu den unter den Punkten 1 und 2 genannten Personenkreisen über direkte, gute und zuverlässige persönliche Kontakte und Beziehungen verfügen.

Mit folgenden Beispielen soll die Bedeutung der Personaländerungen belegt werden.

Bereits am 10. September 2010 ernannte Präsident Barack Obama aus dem im Weißen Haus wirkenden Stab von Wirtschaftsberatern den 41jährigen **Austan Goolsbee** zum Leiter dieses für die Wirtschaftspolitik so wichtigen Gremiums.

Neuer Chef des Nationalen Wirtschaftsrates im Weißen Haus (National Economic Council) und damit unmittelbarer Nachfolger von Lawrence Summers wurde **Gene B. Sperling**, geboren am 24. Dezember 1958 in Ann Arbor, Michigan, der bisher Berater bei Finanzminister Geithner und Mitglied des Council for Foreign Relation war. Mit seinem neuen Schlüsselposten kennt Sperling sich bereits gut aus. In den 90er Jahren war er unter Präsident Clinton Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates. Der Jurist und Ökonom Gene Sperling wird sich als Chef des Gremiums zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik vor allem der Ankurbelung der Wirtschaft und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit widmen. Beide Bereiche sind für das weitere politische Schicksal von Präsident Obama von besonderer Bedeutung.

Am 6 Januar 2011 ernannte Präsident Barack Obama den einflussreichen US-amerikanischen Geschäftsmann und erfahrenen Politiker **William M. Daley**, geboren am 8. August 1948 in Chicago/Bundesstaat Illinois, zum neuen Stabschef des Weißen Hauses. Dieser folgte dem seit September 2010 kommissarisch tätigen Pete Rouse.

1993 wurde er von Präsident Bill Clinton zum Sonderberater für die Erarbeitung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) geworben. Zum Dank für seinen Beitrag ernannte Präsident Clinton ihn 1997 zum Handelsminister der USA. Diese Funktion übte er bis zum Jahr 2000 aus. Dass Obama einen ausgewiesenen Wirtschaftsexperten ins Boot holt, gilt in Washington als cleverer Schachzug. Häufig wurde dem Präsidenten vorgeworfen, wirtschaftliche Themen stiefmütterlich zu behandeln. Daley gilt als pressefreundlich und offen, hat gute Verbindungen zu Unternehmen und könnte nach Experteneinschätzung eine mächtige Verbindungsperson zwischen dem Weißen Haus und der Wirtschaft werden.

Am 21. Januar 2011 berief Präsident Obama den Konzernchef des Energieriesen General Electric (GE), **Jeffrey R. Immelt**, zu einem seiner Wirtschaftsberater. Jeffrey Immelt übernimmt den Vorsitz des „Rates für Arbeitsplätze und Wettbewerb“, als dessen Mitglieder Vertreter aus bedeutenden Konzernen und den Gewerkschaften gewonnen werden sollen. Obama erklärte dazu: „Unsere Aufgabe ist es, alles dafür zu tun, dass unsere Firmen Wurzeln schlagen, dass unsere Leute Arbeit finden und dass Amerika im internationalen Wettbewerb führt.“

Der Journalist Max Böhnel aus New York berichtete im ND vom 24. Januar 2010 in seinem Artikel „Obama buhlt um Geld für seine Wiederwahl“ darüber, dass die New York Times diesen Schritt als „vorsichtig choreographischen Strategiewechsel sowohl inhaltlich als auch auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit“ einschätzt; denn Obama will im kommenden Jahr wiedergewählt werden. Deshalb versuche der Präsident bereits jetzt, die Wirtschafts- und Krisendebatte auf das Thema Schaffung von Arbeitsplätzen umzulenken.

Daley und Sperling besitzen nach Expertenmeinung als moderate Demokraten die Befähigung, mit führenden Politikern der Republikanischen Partei Kompromisse einzugehen und auszuhandeln. Darauf könne Präsident Obama bauen und vor allem auch von diesen beiden Fachleuten qualitativ wichtige Vorschläge für ein ganzes Programm zur Gewinnung von Arbeitsplätzen erhalten. Ihre Erfahrungen, gesammelt während ihrer Tätigkeit bei Präsident Clinton und in Ausübung von hohen Leitungsfunktionen in Unternehmen bzw. Institutionen der Wall Street, könnten gerade heute bei der Neuorientierung der Obama-Administration von Bedeutung sein.

Der politische Chefberater von Präsident Obama, **David Axelrod**, dürfte Anfang 2011 das Weiße Haus mit dem Ziel verlassen, sich voll der Kampagne für Obamas Wiederwahl 2012 widmen zu können. Zum Nachfolger von Axelrod im Weißen Haus wird **David Plouffe** vorgeschlagen, der 2008 als Obamas Wahlkampfmanager hervorragende Ergebnisse erzielt hatte.

Verteidigungsminister Bob Gates und Sicherheitsberater Jim Jones – beide sind als Mitglieder der Republikanischen Partei offiziell auf deren Vorschlag Mitglieder des Obama-Kabinetts geworden – sollen ebenfalls beabsichtigen, 2011 zurückzutreten. Als mögliche Nachfolger wurden bisher der demokratische Senator und Armeeveteran **Jack Reed** sowie der ehemalige republikanische Senator **Chuck Hagel** genannt.

Am 1. Oktober 2010 verabschiedete Präsident Barack Obama den wichtigsten Mann und persönlich eng vertrauten Freund in seiner bisherigen Führungscrew im Weißen Haus, den Stabschef **Rahm Emanuel**. Er, so wird aus dem Weißen Haus bekannt, hinterlasse im System von Obama eine gewaltige Lücke, weil er die wichtigsten Schaltstellen im Weißen Haus beherrschte und damit an allen politischen Entscheidungen des Präsidenten maßgeblich beteiligt war.

Ende Januar 2011 galt es, die Auswechslung des Schlüsselpostens „Sprecher des Weißen Hauses“ zu entscheiden. Unter den Spitzenbewerbern befand sich der erfahrene Journalist **James „Jay“ Carney**. Bisher ging Präsident Obama bei der Besetzung von Schlüsselposten im Weißen Haus zunächst von Bewerbern aus seinem politischen Umfeld aus, speziell aus seiner Heimatstadt Chicago. Jetzt wurde er gezwungen, ausgehend von den Veränderungen im Machtmechanismus des Kongresses, neuen Prinzipien zur Auswahl den Vorrang einzuräumen.

Anfang 2009 wurde der preisgekrönte Journalist Carney Kommunikationschef bei US-Vizepräsident Joe Biden. Dass er nach so kurzer Zeit zum Sprecher des Weißen Hauses befördert wurde, kam für viele Politiker überraschend. Dass er mit Kollegen im White House Press Corps immer noch ausgesprochen erfolgreich zusammen arbeitete, dürfte ihm dabei helfen, die Botschaften des Präsidenten Barack Obama gut und überzeugend zu verkaufen. Dazu kommt noch, dass er mit der ABC-Korrespondentin Claire Shipman verheiratet ist.

Erfahrene Wahlbeobachter und Kenner von Personalwechseln in Führungsgremien der US-Administrationen machten in ihren Analysen darauf aufmerksam, dass die Anzahl der Personalwechsel bei Obama zwar sehr hoch sei, aber auch seine beiden Vorgänger Bush und Clinton hätten nach zwei Jahren Präsidentschaft jeweils ähnliche Probleme bewältigen müssen.

Zur Neuwahl eines Vorsitzenden der Republikanischen Partei

Seit zwei Jahren leitete der 52-jährige konservative Politiker Michael Steele als Vorsitzender das Republican National Committee. Er war der erste afro-amerikanische Politiker in diesem hohen Amt. Kritik wurde sowohl an seinem 'eitlen' Führungsstil und Star-Allüren als auch an dem entstandenen Schuldenberg des National-Komitees in Höhe von über 20 Millionen Dollar geübt. Er hatte das Vertrauen und damit sein Amt als Parteivorsitzender verloren, so dass sich eine Neuwahl erforderlich machte.

Auf der Tagung des National-Komitees am 15. Januar 2011 stellten sich drei Kandidaten zur Wahl: Reince Priebus, Saul Anuzis und Maria Cino.

Alle in der Partei wenig bekannt. Im siebten Wahlgang erhielt Reince Priebus 97 von 168 Stimmen und damit die absolute Mehrheit gegenüber seinen Mitbewerbern.

Generell ist allerdings anzumerken, dass der Republikaner John Boehner als neuer Sprecher der ersten Kammer des Kongresses in der Politik der Partei die entscheidende Rolle spielen wird.

Die Konstituierung des 112. Kongresses der USA am 5. Januar 2011

Die feierliche Konstituierung des 112. Kongresses wollte die republikanische Führung dazu nutzen, den Machtwechsel zu zelebrieren. Dazu äußerten sie - wie bereit erwähnt - den Wunsch, dass zu Beginn der Tagung der gesamte Text der Verfassung von 1787 verlesen wird. Das Dokument beginnt mit den drei Worten: "We the people...", die als Losung im Wahlkampf von Aktivisten der Tea-Party-Bewegung zum Schlachtruf benutzt wurden. Sie taten so, als sei der bisherige Kongress mit demokratischer Mehrheit eine diktatorische Macht gewesen, die nicht die Interessen des Volkes vertrat.

Eröffnet wurde der 112. Kongress durch Nancy Pelosi, die bisherige Vorsitzende des Repräsentantenhauses. Sie war in der jüngsten Geschichte der USA die erste Frau, die diese hohe Funktion mit Bravour gemeistert hatte. Danach übergab Nancy Pelosi im großen Sitzungssaal des Capitols den Speaker-Holzhammer und das Zepter an ihren Nachfolger und Rivalen, John Boehner und wünschte ihm und dem 112. Kongress volles Gelingen. Der 61-jährige Boehner kommt aus dem Bundesstaat Ohio. Er ist kein ideologischer Eiferer, sondern mehr ein ausgesprochener und von vielen seiner Mitstreiter beliebter Pragmatiker.

Zur Zahlungsunfähigkeit des Landes und der Obama -Regierung

Finanzminister Timothy Geithner warnte in einem Brief an den Kongress in drastischen Worten vor der Gefahr eines Staatsbankrotts der USA, einer drohenden Zahlungsunfähigkeit des Landes und der Regierung, wenn nicht die Obergrenze der Staatsverschuldung angehoben wird. Diese Obergrenze wird in den USA nach geltendem Haushaltsrecht und der Finanzordnung vom Kongress festgelegt.

Der Brief war an die Führung beider Kongresskammern gerichtet. Die Regierung, so Finanzminister Geithner, habe im Rahmen der bisher gesetzlich geschützten Schuldenobergrenze in Höhe von 14,3 Billionen Dollar nur noch 375 Milliarden Dollar zur Verfügung. Die Grenze dürfte zwischen

Ende März und Mitte Mai 2011 erreicht sein. Selbst eine kurzfristige oder begrenzte Zahlungsunfähigkeit hätte katastrophale wirtschaftliche Folgen, die die Konsequenzen der gegenwärtigen Finanzkrise weit übertreffen könnten.

Minister Geithner appellierte an die Mitglieder des Kongresses, einer Anhebung der Schuldenobergrenze unbedingt zuzustimmen: „Niemals in unserer Geschichte hat sich der Kongress geweigert, die Schuldenobergrenze anzuheben, wenn es nötig war.“ Seit 1962 sei dies 75 Mal geschehen. Im Falle einer Zahlungsunfähigkeit, so kündigte der Finanzminister dem Kongress an, wäre eine – den Republikanern verhasste – lang andauernde Zusatzbesteuerung von Wirtschaft und Privatpersonen nötig und Millionen von Arbeitsplätzen würden verloren gehen.

Die Obergrenze der US-amerikanischen Staatsschulden ist in Washington zum großen Streitthema zwischen den beiden großbürgerlichen Parteien geworden. Die Republikaner mit ihrer neuen Mehrheit im Repräsentantenhaus und gestärkt durch Zugewinne an Sitzen im Senat setzen auf Ausgabenkürzungen. Die Demokraten wollen an der bisherigen Ausgaben-Politik der Obama-Administration festhalten. Finanzminister und Kongressführung der Demokraten wollen die im Februar 2010 per Gesetz festgelegte Obergrenze für Staatsverschuldung von derzeit 14,3 Billionen Dollar herauf setzen. Hebt der Kongress diese Grenze nicht auf, dann können Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes nicht weiter bezahlt und Zinsen für Staatsanleihen nicht mehr bedient werden.

Einige Abgeordnete vom rechten Flügel der republikanischen Fraktion würden es höchstwahrscheinlich gern sehen, wenn die Obama-Regierung zahlungsunfähig würde.

Die von den Rechten der Tea-Party-Bewegung gestützte Abgeordnete Michele Bachmann aus Minnesota beispielsweise erklärte, sie sei gegen eine Anhebung der Obergrenze, weil dies nur dazu führen werde, dass das unkontrollierte Geldausgeben weitergehen würde.

Die überwiegende Mehrzahl der republikanischen Kongressmitglieder – Abgeordnete und Senatoren – jedoch signalisierte, dass sie der Obama-Regierung nicht sofort den Finanzhahn zudrehen wollen. Ihren gemeinsamen Standpunkt erklärte der neue Speaker John Boehner ganz deutlich: Die Republikaner können einer Erhöhung der Schuldenobergrenze zustimmen, aber nur dann, wenn damit eine Verpflichtung zur Kürzung von Staatsausgaben verbunden sei. Für den gegenwärtigen US-Haushalt würde das eine Kürzung von Staatsausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar bedeuten. Die bisherigen bekannt gewordenen Vorschlä-

ge von Kürzungen im Verteidigungsetat stoßen bei Republikanern aber auf wenig Gegenliebe.

Ende Januar 2011 wandte sich der Chef der Notenbank der USA, Ben Bernanke, an Präsident Obama und den Kongress mit dem dringenden Anliegen, durch entschlossene Schritte den Parteienstreit zu beenden, damit die Finanzmärkte für die USA nicht ruiniert würden; denn es gehe jetzt darum, dass Investoren gewonnen werden, die der Regierung Gelder als Kredite zur Verfügung stellen. Die Entscheidungen fallen im April/Mai 2011. Die Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit für Land und Regierung muss jetzt erreicht und gesichert werden. Das Ganze ist, wie Finanzexperten völlig zu Recht betonen: „Ein Spiel mit dem Feuer!“

Weißes Haus und Gesetzgeber sind in dieser Sache auch vom Termin her zur raschen Beratung und Beschlussfassung herausgefordert. Das Auffinden eines pragmatischen Kompromisses könnte zur Beilegung des Streites führen vor allem aber zur Abwendung einer finanzpolitischen Katastrophe – mit Wirkungen über die USA hinaus.

Zur Konstituierung des 112. Kongresses gehörte vor allem, das Plenum darüber zu informieren, welche Abgeordnete für den Vorsitz von Ausschüssen und Unterkomitees nominiert worden sind und welche Aufgabenstellungen diese wichtigen parlamentarischen Gremien verfolgen.

Aus Gründen seiner Bedeutung für die Politik der USA, wähle ich hier den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten aus. Das betrifft sowohl die Person als auch das Programm des Ausschusses.

Als Vorsitzende ist die Abgeordnete **Ileana Ros-Lethinen** tätig. Die 59-jährige gebürtige Kubanerin kommt aus dem Bundesstaat Florida, vertritt als Abgeordnete dessen Wahlbezirk 18 und hat sich bis jetzt als scharfe Gegnerin einer Beendigung des Embargos gegen Kuba einen Namen gemacht. Sie gründete die Cuba Democracy Group, die die Drosselung der US-amerikanischen Agrarexporte in die nach Kuba im Visier hat und Geschäfte der US-amerikanischen Banken mit Kuba verhindern will und sogar zur Ermordung von Fidel Castro aufrief.

Sie ist heute eine ganz typische Vertreterin der Rechten, der extrem konservativen Kräfte und eine der führenden Aktivistin der Tea-Party-Bewegung in der Republikanischen Partei.

Nach Angaben ihres Büros befürwortet und unterstützt sie alle Aktivitäten zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zu weitreichenden institutionellen Reformen der Vereinten Nationen. Konservative US-Politiker haben in der

Vergangenheit der UNO immer wieder vorgeworfen, ineffizient und korrupt zu sein. Erst seit der Präsidentschaft von Barack Obama wurde diese Dauerkonfrontation zu den Akten gelegt, aber auf der Liste über völkerrechtliche Übereinkommen, deren Beitritt die USA noch zu prüfen haben und die durch Wikileaks öffentlich gewordene Geheimdirektive aus dem State Department, sind noch genügend Irritationen aus dem Wege zu räumen.

Der genannte Gesetzentwurf sieht u. a. vor, dass sich die USA aus dem Menschenrechtsrat heraushalten und einen Teil ihrer finanziellen Beiträge zur UNO für dieses Gremium so lange aussetzen, bis das US- Außenministerium bestätigen kann, dass diesem Rat keine Mitglieder mehr angehören, die selber Menschenrechtsverletzungen begehen. Ähnliche Restriktionen sieht ihr Konzept für Zuwendungen an die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) vor, um Staaten wie Iran und Syrien unter Druck zu setzen. Die Republikaner fordern zudem die Installierung eines eigenen Generalinspektors, der die Verwendung der Washingtoner Mittel innerhalb der Vereinten Nationen überwacht. Der USA-Kongress, so der konservative Experte Brett Schaefer, müsse endlich wieder seine traditionelle Rolle einnehmen und die UNO sowie andere Internationale Organisationen überwachen und kontrollieren.

Politisches Attentat gegen demokratische Kongressabgeordnete

Wenige Tage nach Beendigung des 112. Kongresses wurde die Politik in ganz USA und weit darüber hinaus durch ein Attentat gegen die demokratische Kongressabgeordnete **Gabrielle Giffords** wach gerüttelt und mit politischem Hass konfrontiert. Die Abgeordnete wurde in Tucson/US-Bundesstaat Arizona bei Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit, einer Bürgerversammlung in ihrem konservativen Wahlkreis, von einem 22-jährigen verwirrten Täter namens Jared Lee Loughner mit einer Schnellschusspistole angegriffen und mit einem Kopf-Durchschuss schwer verletzt, den sie bis heute mit noch nicht absehbaren langjährigen Folgen überlebte. Dem Blutbad mit Todesfolge fielen sechs Teilnehmer der Bürgerversammlung zum Opfer, darunter Bundesrichter John Roll, ihr Angestellter im Abgeordneten-Büro, der sie aufgefangen und bis zur Behandlung durch Ärzte betreut hatte, und die 9-jährige Christina Taylor Greene. Weitere 13 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Präsident Barack Obama bezeichnete das Ereignis als „Tragödie für Arizona und unser ganzes Land“. Führende Politiker beider großbürgerlicher Parteien verurteilten Attentat und Blutbad: „Akte und Drohungen der Gewalt gegen Volksvertreter haben keinen Platz in unserer Gesellschaft“, be-

tonte der neue Sprecher des Abgeordnetenhauses, John Boehner. Seine Partei sagte eine für die darauf folgende Woche angesetzte Abstimmung über die Abschaffung der Gesundheitsreform ab.

Die Tat hatte die USA-Gesellschaft kräftig auf- und wachgerüttelt. Die demokratische Politikerin Giffords besaß im konservativen Arizona viele politische Feinde. Sie hatte sich gegen ein Gesetz ausgesprochen, mit dem ihr Staat gegen illegale Einwanderer vorgehen sollte. Im März 2010 wurden eine Glastür und ein Fenster ihres Wahlkreisbüros eingetreten, nachdem sie in Washington für die Gesundheitsreform von US-Präsident Obama gestimmt hatte. Und vor der Kongresswahl am 2. November 2010 schließlich gehörte Gabrielle Giffords zu jenen 20 Demokraten, deren Gesichter die Tea-Party-Ikone Sarah Palin im Internet mit Fadenkreuzen versehen als 'Ziele' identifiziert hatte.

Auf der berüchtigten „Abschussliste“ von Palin wurde Gabrielle Giffords auf Platz 4 geführt. Palin forderte ihre Anhänger dazu auf:

„Don't retreat – RELOAD“ (Nicht zurück weichen - NACHLADEN)
Damit begeisterte und mobilisierte sie ihre Anhänger zur Wahl. Für rechte Kommentatoren wurde sie zur Heldin mit einem Patentrezept für den Wahlsieg. Durch diese Handlung geriet Sarah Palin selbst ins Fadenkreuz der Kritik. Sie gab sich nach dem Attentat gegen Gabrielle Giffords kleinlaut und einsilbig. Im Internet sprach sie den Opfern ihr Mitgefühl aus. Wenige Stunden nach der Tat verschwand die martialische Karte von ihrer Web-Seite.

Mit seiner Rede zur Gedenkfeier für die Opfer von Tucson hatte Präsident Barack Obama jenen Ton und Inhalt getroffen, den die Bürger in den USA von ihm in schweren Zeiten wie dieser erwarteten: Er spendete Trost, würdigte in persönlichen Worten die Opfer, wendete die hitzige Debatte, ob es nun eine Mitschuld politischer Scharfmacher für das Attentat auf die Abgeordnete Gabrielle Giffords gebe oder nicht, nach vorn und entwarf die Vision von einem besseren Land. Dafür werden die Einheit und die Stärkung der Nation von immer größerer Bedeutung.

Präsident Obama verwies am Schluss seiner Rede auf einen Kontrast zur Republikanerin Sarah Palin, die zwei Tage vorher den Demokraten vorwarf, sie könnten labile Menschen zur Anwendung von Gewalt treiben. Die Wortwahl von Palin stamme aus dem Kontext des Antisemitismus und löste damit neue Empörung aus. Ob Palin nicht bedacht habe, dass Giffords Jüdin ist, fragten die Medien. Obama rief die Nation dazu auf, sich

daran zu erinnern, dass „mehr Dinge uns miteinander verbinden als uns trennen“.

19. Januar 2011: Repräsentantenhaus stimmt für Aufhebung der Gesundheitsreform und löst damit eine Attacke gegen Präsident Obama aus

Ein Jahr lang kämpften und feilschten die Demokraten, bis zur letzten Minute mussten sie bangen, und am Ende reichte es. Vor 10 Monaten segnete das Repräsentantenhaus die heftig umstrittene Gesundheitsreform von Barack Obama mit knapper Mehrheit ab. Das war damals eine historische Entscheidung und ein wichtiger Sieg für den Präsidenten.

Am 19. Januar 2011 stimmten nun von der in den November-Kongresswahlen berufenen neuen republikanischen Mehrheitsfraktion alle 242 Abgeordnete und 3 Mitglieder von der demokratischen Fraktion, insgesamt also 245, für die Aufhebung der Gesundheitsreform. 189 votierten dagegen.

Dieser erste Frontalangriff ist allerdings nur symbolischer Natur, denn die Demokraten besitzen im Senat die Mehrheit. Sie werden sich daher auf die Behandlung der Entscheidung der ersten Kammer nicht einlassen. Die konservativen Republikaner wollen jedoch die Gesundheitsreform weiter bekämpfen, erstens durch Klagen wegen Verfassungswidrigkeiten, zweitens im Rahmen der Haushaltsberatungen. So möchten sie diejenigen Gelder verweigern, die für die Finanzierung der Reform oder einzelner Reformschritte nötig sind.

Als Hauptargumente benutzen die Konservativen: Die Obama-Regierung habe nicht das Recht, die Bürger zum Abschluss einer Krankenversicherung zu zwingen. Jedes Individuum müsse frei entscheiden dürfen, ob es eine Versicherung wolle oder nicht. Die Pflicht zur allgemeinen Krankenversicherung führe zur Kostenexplosion. Zusätzliche Kosten würden der Wirtschaft Schaden zufügen. Über 60 Prozent der Bürger würden glauben, die Reform vernichte Arbeitsplätze und fördere auf Dauer ein Defizitbudget.

Das parteineutrale Budget-Büro des Kongresses jedoch weist nach, dass das Gegenteil davon richtig sei. Die Reform führe nur anfangs zu gewissen Kostenzuschüssen, aber danach würden Kostensenkungen eintreten, die in den nächsten 10 Jahren dem Staat allein durch die Reform des Gesundheitswesens mehr als 230 Milliarden Dollar einbringen würden.

Präsident Barack Obama lehnt zwar nach wie vor eine Aussetzung oder auch eine vollständige Überarbeitung der Gesundheitsreform strikt ab, aber

eine Zusammenarbeit mit republikanischen Abgeordneten zur Verbesserung des Gesetzes hat er bereits angeboten. Wer hilft, die wunden Punkte zu lösen?

Der offizielle viertägige Staatsbesuch des Präsidenten der Volksrepublik China, Hu Jintao in den USA

Bei der Beurteilung dieses Treffens geht es in erster Linie um die wirtschaftlichen und politischen Impulse, die von ihm zur Lösung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, vor denen beide Länder und die ganze Welt stehen, ausgehen. Damit diene es auch der bereits in Gang gekommenen Neuordnung der Weltwirtschaft.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Impulsen (ich wähle drei davon aus) für die künftige Zusammenarbeit zwischen USA und der VR China gehören:

Das Versprechen beider Präsidenten, Probleme in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, in der Finanz- und Währungspolitik sowie auf dem Gebiet der Sicherheit gemeinsam anzugehen.

Beide Seiten setzen sich dafür ein, dass die bereits bestehenden joint ventures auch mit staatlicher Unterstützung weiterentwickelt werden und neue bedeutsame Kapitalanlagen hinzukommen, nicht zuletzt auf führenden Gebieten und Bereichen von Industrie, Wissenschaft und Technik.

Es wurden beispielsweise Abkommen zur verstärkten mit China bei Projekten zu alternativen Energiequellen von General Electric und American Electric Power. unterzeichnet General Electric schließt Verträge im Wert von mindestens 2,1 Milliarden Dollar ab. Zudem stehen noch 40 weitere Abkommen unmittelbar vor der Unterzeichnung. Sechs Abkommen im Wert von über 600 Millionen Dollar wurden während des Besuches einer chinesischen Delegation in Texas schon unterzeichnet.

Präsident Hu Jintao besuchte während des Staatsbesuchs in Chicago eine spezielle Messe, die von 40 ansässigen chinesischen Unternehmen organisiert und mit Unterstützung der US-amerikanischen Handelskammer ausgerichtet wurde.

Handelsgeschäfte abzuschließen, die beiden Seiten Gewinne bringen und zu Korrekturen bisheriger Handels- und Zahlungsbilanzen beitragen können. In Washington ging es um den Abschluss von Geschäften seitens Chinas in Höhe von 45 Milliarden Dollar, die in den USA 235 000 Arbeits-

plätze sichern, sagte Präsident Obama. Größter Einzelposten ist eine Bestellung von 200 Flugzeugen des US-Herstellers Boeing, die ein Volumen von 19 Milliarden Dollar hat.

In den ersten 9 Monaten 2010 verzeichnete China im Handel mit den überschuldeten USA einen Rekordüberschuss von 252 Milliarden Dollar. Obama wertete dieses Ergebnis gegenüber einem chinesischen Reporter nicht als Bedrohung, sondern als eine Chance: „Wir begrüßen den Aufstieg Chinas. Wir wollen nur sicherstellen, dass der Aufstieg in einer Weise geschieht, die internationale Normen verstärkt.“

Auf den Gebieten in den bilateralen Beziehungen, wo es noch Schwierigkeiten und Hemmnisse gibt, wie beispielsweise auf dem Währungssektor, einigten sich beide Präsidenten, sich künftig auf Augenhöhe zu begegnen und den Ton des Business as usual zu wahren.

Zur zweiten „Rede zur Lage der Nation“ von Präsident Barack Obama“

Es gehört ohne jeden Zweifel zu den guten Traditionen der USA, dass jeder Präsident einmal im Jahr - jeweils in der zweiten Hälfte des Monats Januar – in einer speziellen „Rede zur Lage der Nation“ die Chance erhält, ausgehend von der Lage in den USA zu skizzieren und zu begründen, welche politische Strategie er für „Wirtschaft/, Staat/ und Gesellschaft“ gewählt hat und für welche Gebiete und Objekte des politischen Handels er die Zusammenarbeit und Unterstützung von Mitgliedern beider Kammern des Kongresses unbedingt und möglichst umfangreich benötigt, nämlich zugunsten der gesamten Nation.

Wie bereits dargelegt, stellt das Jahr 2011 besondere Anforderungen an das Zusammenwirken zwischen Republikanern und Demokraten im Kongress. In Vorbereitung auf die gemeinsame Tagung beider Kammern anlässlich der Rede zur Lage der Nation ergriffen einige Senatoren und Abgeordnete beider Parlamentsfraktionen die Initiative, am Sitzungstag - klar erkennbar für die gesamte Öffentlichkeit - Zeichen zu setzen für die Bereitschaft zu Gemeinsamkeiten in zwei Richtungen:

Erstens den Sitz für die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords frei zu lassen und zu schmücken sowie ihr baldige und volle gesundheitliche Genesung vom überstandenen Attentat zu wünschen. Viele Kongressmitglieder trugen am gemeinsamen Sitzungstag schwarz-weiß gestreifte Schleifen an ihren Revers. Zur Sitzung wurden Freunde und Bekannte von Gabriele Giffords und der sechs Opfer des Blutbades von Tucson eingeladen. Am Tag ihres Aufenthaltes im Kapitol wurden sie in der Loge der First Lady Michelle Obama begrüßt und betreut. Sie demonstrierten damit im großen

Sitzungssaal des Capitol, dem eindrucksvollen Gebäude aller Volksvertretungen in den USA, dass sie die Zeichen der Zeit richtig verstanden haben: Auf Einheit und Geschlossenheit der Nation kommt es heute an!

Zweitens die sonst übliche Sitzordnung zu ändern, d. h. die anwesenden Mitglieder beider Fraktionen sitzen sich nicht in Blockformation gegenüber, sondern nehmen politisch bunt gemischt nebeneinander Platz.

Nun zum Inhalt der Rede des Präsidenten Obama „Zur Lage der Nation“, gehalten am 24. Januar 2011 im Großen Sitzungssaal des Capitol.

US-Präsident Barack Obama nutzte ähnlich wie zur Gedenkfeier in Arizona sein Redetalent und seine Befähigung, großen Menschengruppen den Inhalt seiner Vorschläge zur Gestaltung und Bewältigung gesellschaftlicher Prozesse und Herausforderungen überzeugend nahe zu bringen und die Bürger der USA, darunter natürlich nicht zuletzt alle Mitglieder des US-Kongresses, auf das bevorstehende gemeinsame Ziel einzuschwören: „Wir müssen den Rest der Welt bei Innovationen, Bildung und dem Ausbau der Infrastruktur übertrumpfen. Wir müssen Amerika zum besten Wirtschaftsstandort der Welt machen. Wir müssen Verantwortung für unser Defizit übernehmen und unseren Staat reformieren. So schaffen wir Wohlstand für unsere Bürger. So erobern wir die Zukunft.“

Der **erste Schritt** zur Eroberung der Zukunft für die USA ist nach Präsident Obama die Förderung US-amerikanischer Innovationen. Seiner Meinung nach zeigt sich hier der „Sputnik-Moment“ unserer Generation: Wie vor mehr als 50 Jahren, so steht das Land auch jetzt wieder vor der Herausforderung, mit Investitionen in Bildung und Forschung eine 'Welle von Innovationen' herbeizuführen und auf diese Weise neue Industriezweige zu schaffen. Dafür sollten die Amerikaner ihren kreativen Geist freisetzen und die parteipolitischen Differenzen vergessen.

Die Schlussfolgerung drängt sich auf: „Nicht darauf kommt es an, wer die nächsten Wahlen gewinnt, sondern einzig und allein darauf, wie die Wirtschaft vorangebracht wird und dabei neue Jobs entstehen. Die USA müssen als eine Nation voran gehen und die Zukunft meistern.“ Neinsager zu dieser Entwicklung, so Präsident Obama, sorgten nur dafür, dass „mutige Länder wie China, Indien oder Südkorea die USA abhängten. Auf dem Spiel steht, ob wir die Führungsrolle behalten, die Amerika nicht nur zu einem Ort auf der Landkarte gemacht hat, sondern zu einem Licht für die Welt.“

An die Konservativen im Kongress richtete er die Botschaft: Entweder ihr zieht mit oder ihr steht als Blockierer und Spalter da – ihr seid in der Pflicht: „Wir kommen entweder zusammen voran oder gar nicht!“

Der **zweite wichtige Schritt** zur Eroberung der Zukunft umfasst die Weiterentwicklung, Erneuerung und Vervollständigung des gesamten Bildungswesens mit Hilfe der bereits geschilderten Innovationen herbeizuführen, angefangen von der Schulbildung bis hin zum Fach- und Hochschulwesen mit den in der ganzen Welt anerkannten und auch weltweit genutzten Universitäten und Hochschulen einschließlich der Erwachsenenqualifizierung.

Der **dritte Schritt** umfasst alle Anstrengungen zum weiteren Auf- und Ausbau der Infrastruktur: „Innerhalb der nächsten fünf Jahre werden wir es der Wirtschaft ermöglichen, für 98 Prozent aller Amerikaner die nächste Generation des schnellen, drahtlosen Internetzugangs zu installieren. Es geht dabei nicht nur um Schnelligkeit und weniger unterbrochene Anrufe. Es geht darum, jeden Teil der Vereinigten Staaten an das digitale Zeitalter anzuschließen. Es geht um eine ländliche Gemeinde in Iowa oder Alabama, deren Landwirte und Kleinunternehmer ihre Erzeugnisse dann in der ganzen Welt verkaufen können. Es geht um den Feuerwehrmann, der dann die Baupläne eines brennenden Gebäudes auf ein tragbares Gerät herunterladen kann, und den Studenten, der im Unterricht ein digitales Lehrbuch benutzt, oder um den Patienten, der sich per Videotelefonie mit seinem Arzt unterhält. All diese Investitionen – Innovation, Bildung und Infrastruktur – werden die Vereinigten Staaten zu einem besseren Ort für Geschäftstätigkeiten und die Schaffung von Arbeitsplätzen machen. Um unseren Unternehmen im Wettbewerb zu helfen, müssen wir allerdings auch Hindernisse aus dem Weg räumen, die deren Erfolg im Wege stehen.“

Im Laufe der Jahre hat eine Vielzahl von Interessenverbänden so an den Steuergesetzen gebastelt, dass bestimmte Unternehmen und Industrien davon profitieren. Wer einen Buchhalter oder Rechtsanwalt hat, der sich mit dem System auskennt, kann die Steuer am Ende womöglich sogar vollständig umgehen. Aber alle anderen zahlen eine der höchsten Körperschaftssteuern weltweit. Das ist nicht sinnvoll und muss sich ändern. Ich fordere alle Demokraten und Republikaner auf, das System zu vereinfachen. Die Lücken zu stopfen. Gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Und die Ersparnisse einzusetzen, um die Körperschaftsteuer zum ersten Mal seit 25 Jahren zu senken, ohne unser Defizit zu erhöhen. Das ist machbar. Um Unternehmen zu helfen, mehr Produkte ins Ausland zu verkaufen, haben wir es uns zum Ziel gesetzt, unsere Exporte bis 2014 zu verdoppeln. Denn je mehr wir exportieren, desto mehr Arbeitsplätze schaffen wir in

unserem Land. Unsere Exportzahlen steigen bereits. Erst vor kurzem haben wir Abkommen mit Indien und China unterzeichnet, durch die in den Vereinigten Staaten mehr als 250 000 Stellen geschaffen werden können. Und im vergangenen Monat haben wir ein Handelsabkommen mit Südkorea zum Abschluss gebracht, durch das mindestens 70 000 Stellen in den Vereinigten Staaten entstehen werden. Dieses Abkommen hat die beispiellose Unterstützung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, der Demokraten und Republikaner, und ich fordere diesen Kongress auf, es so bald wie möglich zu verabschieden.“

Der **vierte Schritt** zur Eroberung der Zukunft ist wiederum ganz bedeutsam: Es gilt „sicherzustellen, dass wir nicht unter einem Schuldenberg begraben werden“. Als Maßnahmen zum Abbau von Schulden und Defiziten der verschiedensten Art schlägt Präsident Obama vor: „Die Inlandsausgaben für die nächsten fünf Jahre einfrieren. Das würde unser Defizit in den kommenden zehn Jahren um mehr als 400 Milliarden Dollar senken und die nicht zweckgebundenen Ausgaben auf ein so niedriges Niveau absenken wie seit Dwight Eisenhowers Präsidentschaftszeit nicht mehr.“

Ausgabenstopp kann zu weiteren schmerzhaften Folgen führen z. B. Gehaltskürzungen bei Staatsangestellten oder Kürzungen der Mittel für Aktionsprogramme der Kommunen, Einsparungen von Mitteln, die dem Verteidigungsminister zugesprochen worden waren.

Im Zusammenhang mit den Mitteln für die Umsetzung der Gesundheitsreform verteidigte Obama seine Grundpositionen, lehnte weitere Kürzungen der Staatsprogramme Medicare und Medicaid ab. Zustimmung zu den Aussagen parteiunabhängiger Gesundheitsexperten, die nachgewiesen haben, dass die Aufhebung der Gesundheitsreform zu einer Zunahme des Defizits in Höhe von einer viertel Milliarde Dollar führen könnte.

Die dauerhafte Ausdehnung der Steuererleichterungen für Reiche sollte unter dem Aspekt des Abbaus von Defiziten und zur Sicherung von Leistungen für Bildung nicht erlaubt werden: „Wir sollten Millionäre auffordern, auf ihre Steuererleichterungen zu verzichten. Dabei geht es nicht darum, sie für ihren Erfolg zu bestrafen. Es geht darum, die Vereinigten Staaten erfolgreicher zu machen.“ Die Steuergesetzgebung sollte insgesamt vereinfacht werden.

Präsident Obama unterbreitet den Republikanern und Demokraten im Kongress den Vorschlag, „...die Bundesregierung so zu verschlanken, zu konsolidieren und neu zu organisieren, dass es dem Ziel, Amerika wettbewerbsfähiger zu machen, dienlich ist. Ich werde dem Kongress diesen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen, und wir werden darauf drängen, dass er

verabschiedet wird. ...Eine Regierung des 21. Jahrhunderts, die offen und kompetent ist. Eine Regierung, die nicht über ihre Verhältnisse lebt. Eine Wirtschaft, die von neuen Fähigkeiten und Ideen angetrieben wird. Unser Erfolg in dieser neuen und sich verändernden Welt wird Reformen, Verantwortungsbewusstsein und Innovationen erfordern. Er wird auch verlangen, dass wir unser außenpolitisches Engagement auf ein neues Niveau heben.“

Zur Reaktion auf diese Leitgedanken des Präsidenten: „Die Zukunft gewinnen!“

Nach Medienberichten unterbrachen die im Saal anwesenden Abgeordneten und anderen Persönlichkeiten die 63-minütige Rede an die Nation insgesamt 75 Mal mit ihrem Beifall. Daraus eine unbedingte Übereinstimmung mit Obama abzuleiten ist hier verfehlt. Es ist höchstwahrscheinlich vielmehr eine Art Zustimmung, dass in der Rede zur Lage der Nation vorhandene Probleme angesprochen und behandelt wurden.

Die Presse berichtete: Von der Rundfunk- und Fernsehstationen wurden über 50 Millionen Zuhörer und Zuschauer geschätzt. An einer Blitzumfrage des Senders CNN reagierten am darauf folgenden Tag 52 Prozent mit „sehr positiv“ auf die Rede zur Lage der Nation und nur 15 Prozent lehnten seine Pläne ab, wie die USA ihre Spitzenstellung in der Welt verteidigen sollten. Allerdings sollten hier unbedingt die vorhandenen Grenzen der Aussagefähigkeit von Umfragen beachtet werden.

Die von rechten, konservativen Kongressmitgliedern geäußerten Einschätzungen zur Rede verweisen auf vorhandene widersprüchliche Grundpositionen: Paul Ryan und Michele Bachman beschuldigten Präsident Obama als Verursacher einer in den USA noch nie dagewesenen Explosion von Regierungsausgaben und Schulden. Die von den Rechten geforderten einschneidenden Sparmaßnahmen betreffen insbesondere den sozialen Bereich. Einmütigkeit gibt es lediglich dort, wo beide Seiten nur kosmetische Korrekturen zulassen wollen, nämlich bei den Aufwendungen der Militärs und für die Fortsetzung der Kriege. Obamas Appell an Überparteilichkeit und Geschlossenheit haben da keine Chance für realistische Wendungen in der Politik. Er bleibt Wunschdenken und Illusion.

Zwei Versprechen in seiner Rede, **erstens** dem Kongress einen Haushaltsentwurf 2011/2012 vorzulegen, der Vorschläge zur Kürzung der Staatsausgaben enthält, die die Bewältigung der Schuldenproblematik ermöglichen, und **zweitens** einen Vorschlag für eine Reform der Bundesregierung einzu-

reichen, der eine 'Verschlankung des Staates', und gleichzeitig eine Effektivitätssteigerung der gesamten US-Administration ermöglicht, sind offensichtlich darauf gerichtet, die beiden bisher erkennbaren Hauptangriffsrichtungen der Republikaner, insbesondere der Konservativen und der Tea-Party-Bewegung, zu entkräften.

Aus allen Analysen geht hervor, dass der Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Demokraten der US-Staatshaushalte 2011 und 2012 werden wird.

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der USA bis Ende September 2011 sind Gegenstand des gegenwärtig gültigen Staatshaushalts 2011. Wie bereits dargelegt, nutzten am 18. Februar 2011 die republikanischen Abgeordneten im Repräsentantenhaus ihre Mehrheit zu einem Beschluss, der die Finanzierung der von Präsident Obama durchgesetzten Gesundheitsreform blockieren soll. Zugleich sieht dieser Beschluss vor, die Ausgaben für das Bildungssystem zu begrenzen und die Zuständigkeit der Umweltbehörde EPA nicht auf klimaschädliche Industrien auszuweiten. Insgesamt wollen die Republikaner damit Einsparungen von mehr als 61 Milliarden Dollar durchsetzen.

In der Öffentlichkeit der USA gilt als sicher, dass die Demokraten mit ihrer dominierenden Mehrheit im Senat diesen Beschluss nicht mittragen, also verhindern werden. In einer solchen Situation liegt die endgültige Entscheidung des Parlamentes über einen Vermittlungsausschuss in der Hand des Präsidenten.

Am 14. Februar 2011 legte Präsident Barack Obama dem Kongress seinen Entwurf für den Staatshaushalt 2012 (gültig vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012) mit einem Umfang von 2450 Seiten vor: Er setzte dabei dank der langsamen Erholung der Volkswirtschaft auf einen kräftigen Anstieg der Steuereinnahmen des Staates. Seine bisher geäußerten Vorstellungen zur Haushaltssanierung entwickelte er weiter: In den nächsten zehn Jahren will er das Etatdefizit um 1,1 Billionen Dollar verringern.

Der Budget-Chef im Weißen Haus, Jack Lew, erklärte gegenüber dem Fernsehsender CNN, dass Präsident Obama bis zum Ende seiner ersten Amtszeit das Etatdefizit halbieren wolle. Zweidrittel der Einsparungen sollen durch Kürzungen von verschiedenen Programmen erreicht werden. darunter sind auch solche, die von liberalen Demokraten bisher als sogenannte „heilige Kühe“ betrachtet wurden, beispielsweise Kürzungen bei Heizkostenhilfen für Bedürftige oder Umweltschutzprojekte.

Der Präsident will u. a. die Ankündigung wahr machen, dass die USA auf den Gebieten der Infrastruktur und Bildung international wettbewerbsfähiger

ger werden, wodurch z. B. Arbeitsplätze im eigenen Land statt im Ausland sicher gestellt werden könnten. Stufenweise sollen die Ausgaben für Hochgeschwindigkeitszüge erhöht werden, dafür sind etwa 8,2 Milliarden Dollar im Etat für 2012 vorgesehen.

Presse und Medienwelt der USA und internationale Nachrichtenagenturen kommentieren unisono, dass der Etat-Entwurf 2012 insgesamt „ein weiteres zentrales innenpolitisches Schlachtfeld für die ganz USA“ sichtbar werden lässt. Anfang Februar 2011 musste die Obama-Regierung zugeben, dass der Schuldenberg der USA in Höhe von 10,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu dem größten Haushalt-Minus seit dem Ende des zweiten Weltkrieges geführt hat.

Alle Versprechungen Obamas, die Neuverschuldung der USA bis zum Ende seiner Amtszeit zu halbieren, sind den Republikanern zu wenig. Nach dem von ihnen vorgelegten Plan sind schon bis Ende September 2011 rund 60 Milliarden Dollar einzusparen. „Das ist erst der Anfang“, sagte der Sprecher des Abgeordnetenhaus John Boehner. Während Obama zumindest bei Bildung, Forschung und Infrastruktur weiter in die Zukunft investieren will, wollen die Republikaner auch hier rigoros sparen. Die von Obama selbst geschaffene überparteiliche Defizitkommission hat schließlich noch radikalere Kürzungen gefordert, nämlich vier Billionen Dollar bis 2020, nicht wie die von Obama jetzt in Aussicht gestellten 1,1 Billionen.

Experten verweisen darauf, dass die ganze Wahrheit aufzudecken, noch tiefere Analysen über die wirklichen Ursachen und Folgen der in der Gesellschaft der USA bestehenden Konfliktherde erfordert. Sie warnen davor, dass die Obama-Regierung im Verlaufe der nächsten drei Monate handlungsunfähig werden könnte, wenn es zwischen den beiden streitenden Parteien zu keiner Einigung, sprich zu einem tragbaren und fairen Kompromiss, kommen sollte.

Man kann gespannt sein, wie sich die Auseinandersetzungen zum Haushaltsentwurf 2011/12 und zum Vorschlag einer „Verschlankung des Staates“ entwickeln werden.